



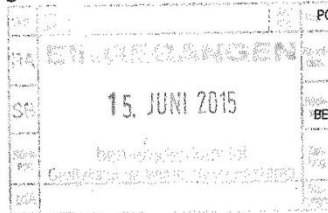
Bundeskriminalamt

POSTANSCHRIFT Bundeskriminalamt · 65173 Wiesbaden

Postzustellungsauftrag

Rechtsanwälte

30539 Hannover



HAUSANSCHRIFT Thaerstraße 11, 65193 Wiesbaden

POSTANSCHRIFT 65173 Wiesbaden

TEL

FAX

BEARBEITET VON

E-MAIL

AZ ZV 15 - 5164.80-2/15

DATUM 10.06.2015

BETREFF **Feststellungsbescheide des Bundeskriminalamts gem. § 2 Abs. 5 WaffG;**

hier:

Widerspruchsbescheid

- BEZUG
1. Feststellungsbescheid SO 11 – 5164.01-Z-351 vom 25.03.2015
 2. Widerspruch vom 21.04.2015

Sehr geehrter Herr

auf den Widerspruch Ihres Mandantschaft, Herrn [REDACTED] gegen den Bescheid des Bundeskriminalamts vom 25.03.2015, Aktenzeichen SO 11 – 5164.01-Z-351, ergeht folgende Entscheidung:

1. Der Widerspruch wird zurückgewiesen.
2. Der Widerspruchsführer hat die Kosten des Verfahrens und seine Auslagen zu tragen.
3. Die Kosten für das Widerspruchsverfahren werden auf **25,56 €** festgesetzt.

Begründung:

I. Mit Schreiben vom 10.12.2014 ersuchte das Landgericht Hannover in einer Strafsache gegen den Widerspruchsführer nach § 2 Abs. 5 Nr. 2 WaffG das Bundeskriminalamt um Einstufung von sechs Faltnessern mit zweigeteilten, schwenkbaren Griffen. Bei den Messern handelt es sich um das Modell "Paradox" des Herstellers Cold Steel, die optisch und in der Art der Befestigung der Griffteile gebräuchlichen Butterflymessern entsprechen. Allerdings mit der technischen Besonderheit, dass wegen in den Griffhälften eingebauter Federn die Messer

BKA

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT: BKA, Thaerstraße 11, 65193 Wiesbaden

ÜBERWEISUNGSEMPFANGER: Bundeskasse Trier

BANKVERBINDUNG: Deutsche Bundesbank
Filiale Saarbrücken (BBk Saarbrücken)
BIC MARKDEF1590
IBAN DE81 5900 0000 0069 0010 20

nicht einhändig mit einer Schleuderbewegung, sondern zweihändig (gegen die Federkraft in Zwischenstufen bzw. -rasten) geöffnet werden können.

Nach Anhörung der zuständigen Länderbehörden gemäß § 2 Abs. 5 Satz 3 WaffG wurde am 25.03.2015 ein Feststellungsbescheid durch das Bundeskriminalamt erlassen, wonach es sich bei den Messern "Paradox"

- nicht um Waffen gem. § 1 Abs. 2 Nummer 2 a) WaffG in Verbindung mit Anlage 1 zu § 1 Abs. 4 WaffG Abschnitt 1 Unterabschnitt 2 Nummer 1.1.
- sondern um Waffen gem. § 1 Absatz 2 Nummer 2 b) WaffG in Verbindung mit Anlage 1 zu § 1 Abs. 4 WaffG Abschnitt 1 Unterabschnitt 2 Nummer 2.1.4.
- und um verbotene Waffen im Sinne Nummer 1.4.3. der Anlage 2 zu § 2 Abs. 2-4 WaffG -Waffenliste- Abschnitt 1 -Verbotene Waffen-

handelt. Der Bescheid wurde 27.03.2015 dem Landgericht Hannover zugestellt.

Die wesentlichen Überlegungen zur getroffenen waffenrechtlichen Einordnung sind in der Begründung des Bescheids niedergelegt.

Mit Telefax der Bevollmächtigten – eingegangen am 21.04.2015 - wurde Widerspruch eingelegt. Der Widerspruchsführer ist der Ansicht, der Gesetzgeber habe nur "typische" Butterflymesser" erfassen wollen, deren Griffen frei schwenkbar sind und so die einhändige Bedienung ermöglichen. Daraus ergebe sich die besondere Gefährlichkeit der Konstruktion, die Grund für das gesetzliche Verbot sei. Aufgrund der Federmechanik sei diesen einhändige Aufschwenken nicht möglich, weshalb die streitgegenständlichen Messer ebenso wenig unter das Verbot fielen wie das im Feststellungsbescheid vom 23.11.2010, Az.: SO 11-5164.01-Z-183 beschriebene Messer "Power Glide" des Herstellers Smith & Wesson.

II. Anträge im Sinne des § 2 Abs. 5 Satz 2 Nr. 1 WaffG sind bei Privatpersonen nur zulässig, wenn sie Hersteller, Importeure, Erwerber oder Besitzer des zu begutachtenden Gegenstandes sind und ein berechtigtes Interesse an der Entscheidung glaubhaft machen können. Letzteres wird in der Regel anzunehmen sein, wenn diesem Personenkreis durch die uneinheitliche Einstufung der fraglichen Gegenstände Nachteile in der wirtschaftlichen Betätigung oder wegen des Umgangs mit den Gegenständen strafrechtliche Konsequenzen drohen könnten. Für die Zulässigkeit des Widerspruchsverfahrens gilt nichts anderes. Es bestehen insoweit keine Zweifel, dass der Widerspruchsführer zu dem genannten Personenkreis zu gehört. Der Widerspruch ist auch fristgerecht eingegangen und insoweit zulässig.

Der Widerspruch ist in der Sache aber nicht begründet.

Die im Wege des Feststellungsbescheids nach § 2 Abs. 5 WaffG getroffene Einstufung ist rechtlich nicht zu beanstanden. Aus der Widerspruchsbegründung ergeben sich keine Gesichtspunkte, die zu einer Abänderung der getroffenen Entscheidung führen könnten.

Die rechtliche Einordnung eines Gegenstandes orientiert sich am Gesetzeswortlaut. Die Definition von Butterflymessern der Nummer 1.4.3 Anlage 2 zu § 2 Absätze 2-4 WaffG -Waffenliste- Abschnitt 1 -Verbotene Waffen- ergibt sich aus den Begriffsbestimmungen der

Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 2 Nummer 2.1.4. Dort werden diese als "Faltmesser mit zweigeteilten schwenkbaren Griffen" und dem Klammerzusatz "Butterflymesser" beschrieben. Auf die Art und Weise der Handhabung geht der Wortlaut nicht ein.

Die Behauptung des Widerspruchsführers, Butterflymesser seien vom Gesetzgeber verboten worden, da sie wegen der Möglichkeit, die Klinge schnell und mit einer Hand zur Verfügung zu stellen, besonders gefährlich seien, findet in der Gesetzesbegründung keine Stütze. Vielmehr belegt die Begründung (BT-Drs. 14/7758, S. 53, 89, 91) eine andere, ebenfalls an der Wahrung der Interessen des Gemeinwohls orientierte Zielrichtung, nämlich der weiten Verbreitung dieses Messertyps bei gewaltbereiten Jugendlichen entgegenzuwirken. Das Fehlen der einhändigen Bedienbarkeit – die zwar bei "üblichen" Butterflymessern gegeben sein mag, aber wie oben ausgeführt nicht Teil der gesetzlichen Definition ist – kann daher allein nicht ausschlaggebend sein. Das Modell "Paradox" des Herstellers Cold Steel, entspricht nicht nur optisch sondern auch in der Art und Position der Befestigung sowie des Schwenkwinkels der Griffteile gebräuchlichen Butterflymessern. Ein Vergleich mit anderen Messern, die zwar ebenfalls zweiteilige, bewegliche Griffe aber eine ansonsten andere Konstruktion aufweisen (z.B. das o.g. "Power Glide" oder die in der WaffVwV genannten Multitools) führt ebenfalls nicht zu einer anderen Bewertung.

Die Kostenentscheidung beruht auf §§ 73 VwGO, 80 VwVfG, 50 Abs. 1 WaffG i.V.m. Abschnitt III Nr. 4 der Anlage zur WaffKostV. Die Höhe der Kosten für das Widerspruchsverfahren ist in Höhe der Kosten für die beantragte Amtshandlung, mindestens in Höhe von 25,56 € (50 DM) festzusetzen. Der angegriffene Bescheid erging als Antrag gem. § 2 Abs. 5 Satz 2 Nr. 2 WaffG kostenfrei, damit fallen Kosten in Höhe des Mindestbetrags an.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen den Bescheid des Bundeskriminalamtes SO11-5164.01-Z-351 vom 25.03.2015 kann innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Widerspruchsbescheides Klage beim Verwaltungsgericht Wiesbaden, Mainzer Straße 124, 65189 Wiesbaden, erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

